

Antrag

der Abgeordneten Tina Winklmann, Dr. Ophelia Nick, Helge Limburg, Denise Loop, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Sandra Stein, Leon Eckert und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mutterschutz von Athletinnen wirksam absichern – Schutzlücken für selbstständige Spitzensportlerinnen schließen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mutterschutz und die Absicherung rund um Schwangerschaft, Geburt und Stillzeit sind für die Gesundheit von Mutter und Kind essenziell, aber auch zentrale Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben. Wo dieser Gesundheitsschutz und diese Absicherung nicht verlässlich greift, entstehen strukturelle Nachteile, die sich insbesondere bei selbstständigen oder vergleichbar nicht klassisch beschäftigten Erwerbslagen zuspitzen. Vor diesem Hintergrund ist die angekündigte Einführung eines Mutterschutzes für Selbstständige ein wichtiger Schritt, der in der Umsetzung praxistauglich und wirksam ausgestaltet werden muss. Im Spitzensport sind viele Athletinnen in Mischformen tätig, etwa über Förderungen, Prämien, Sponsoring, projektbezogene Honorare und selbstständige Tätigkeiten. In solchen Konstellationen können Schwangerschaft und Mutterschaft zu abrupten Brüchen in Einkommen und Förderketten führen und damit den Zugang zu sportlicher Entwicklung, Qualifikationswegen und langfristiger Karriereplanung beeinträchtigen. Das betrifft nicht nur individuelle Lebensläufe, sondern auch die Frage, ob Spitzensportstrukturen Frauen in allen Lebensphasen gleichberechtigt offenstehen.

Der Bund trägt Verantwortung, Gleichstellung im Spitzensport auch durch wirksame Rahmenbedingungen abzusichern, insbesondere durch gesetzgeberische Entscheidungen sowie durch die Ausgestaltung seiner Spitzensportförderung und bundesfinanzierter Programme. Eine wirksame Absicherung setzt klare Mindeststandards, verlässliche Umsetzung und transparente Zuständigkeiten voraus, damit Athletinnen ihre Rechte kennen und diese ohne unnötige Hürden wahrnehmen können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit Mutterschutz und Wiedereinstieg im Spitzensport auch für

Athletinnen in selbstständiger oder vergleichbar nicht klassisch beschäftigter Erwerbslage verlässlich abgesichert werden; sie wird insbesondere aufgefordert,

- a. das im Koalitionsvertrag angekündigte Vorhaben eines Mutterschutzes für Selbstständige zügig gesetzlich umzusetzen und dabei sicherzustellen, dass selbstständige Athletinnen sowie vergleichbar tätige Spitzensportlerinnen vom Schutz erfasst werden, einschließlich Schutzfristen, Gesundheitsschutz und Einkommensersatz;
- b. in der Umsetzung praxistaugliche Regeln für Bemessung, Nachweise und unregelmäßige Einkünfte vorzusehen, insbesondere mit Blick auf saisonale Wettkampfzyklen, Prämien und Sponsoringbezüge, damit der Schutz im Spitzensport tatsächlich wirkt;
- c. die Spitzensportförderung des Bundes sowie bundesfinanzierte Programme so auszugestalten, dass Schwangerschaft, Geburt und Stillzeit nicht zu Förderabbrüchen oder Versorgungslücken führen, und hierfür verbindliche Mindeststandards in Förderrichtlinien, Zuwendungsrecht und Förderverträgen zu verankern;
- d. im Dialog mit Spitzenverbänden, Ligen und weiteren Sportorganisationen Mindeststandards zu vereinbaren, die Athletinnen vor strukturellen Nachteilen beim Wiedereinstieg schützen, insbesondere bei Kaderstatus, Qualifikationswegen und vergleichbaren Statusentscheidungen, unter Orientierung an international erprobten Regelungsmechanismen;
- e. evidenzbasierte Standards für Training, medizinische Begleitung und Rückkehr in den Wettkampfbetrieb zu etablieren, einschließlich individueller Wiedereinstiegsplanung und Schutz vor faktischem Druck zur zu frühen Rückkehr;
- f. eine bundesweit sichtbare Lotsenstruktur einzurichten, indem vorhandene Strukturen gebündelt und mit einem klaren Auftrag versehen werden, insbesondere die beim Bundesinstitut für Sportwissenschaft verortete Servicestelle Wissensmanagement im Wissenschaftlichen Verbundsystem Leistungssport sowie die digitale Wissensmanagement Plattform, und die Betreuungsstrukturen an den Olympiastützpunkten, damit Athletinnen verlässlich zu Mutterschutzansprüchen, Förderfragen, Vertragspraxis und Wiedereinstieg orientiert werden;
- g. ein Monitoring einzuführen und dem Deutschen Bundestag regelmäßig zu berichten, wie häufig Athletinnen betroffen sind, welche Instrumente greifen, wo Schutzlücken bleiben und welche Maßnahmen wirksam sind,

Berlin, den 19. Mai 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Begründung

Gleichstellungspolitik entscheidet sich nicht nur an formalen Rechten, sondern an der Frage, ob Lebensentscheidungen wie Schwangerschaft und Elternschaft in der Praxis zu Nachteilen führen. Im Spitzensport wirken solche Nachteile besonders hart, weil sportliche Karrieren zeitlich eng getaktet sind und Qualifikationsfenster, Kaderentscheidungen sowie Förderlogiken häufig an kontinuierliche Leistungsnachweise gekoppelt werden. Wer in dieser Phase keine verlässliche Absicherung hat, trägt ein erhöhtes Risiko, Karriereentscheidungen gegen Familienplanung zu treffen oder den Leistungssport unfreiwillig zu verlassen. Förderpolitisch ist das problematisch, weil der Spitzensport in Deutschland in erheblichem Umfang öffentlich unterstützt wird. Wo öffentliche Förderung Karrieren ermöglicht, muss sie zugleich dazu beitragen, dass Teilhabechancen nicht strukturell ungleich verteilt sind. Mutterschutz und ein fairer Wiedereinstieg sind deshalb nicht nur eine soziale Frage, sondern eine Frage der zielgenauen Verwendung von Fördermitteln und der Glaubwürdigkeit gleichstellungspolitischer Ziele im Sport.

Die Realität vieler Athletinnen ist dabei nicht mit klassischen Beschäftigungsverhältnissen vergleichbar. Einkommen entsteht häufig aus mehreren Quellen, die teils schwanken, teils saisonal sind und teils an Wettkampfteilnahmen geknüpft werden. In dieser Lage reichen allgemeine Hinweise oder freiwillige Einzelfalllösungen nicht aus. Erforderlich ist eine Absicherung, die planbar ist und die typischen Einkommensmuster im Spitzensport berücksichtigt, damit Schutz nicht nur auf dem Papier besteht, sondern praktisch wirkt. Zugleich zeigt die internationale Entwicklung in einzelnen Sportarten, dass Mindeststandards umsetzbar sind, ohne fairen Wettbewerb zu untergraben. Daraus lässt sich weniger eine Blaupause, aber ein klarer Befund ableiten: Schutzrechte, Rückkehrmechanismen und organisatorische Flexibilitäten sind regelbar, wenn Zuständigkeiten klar sind und Standards verbindlich gelten. Für Deutschland bedeutet das, gesetzliche Absicherung und Förderpraxis zusammenzudenken, statt sich auf freiwillige Lösungen zu verlassen.

Der Antrag verbindet daher zwei Ebenen: erstens eine wirksame Absicherung für selbstständig tätige Athletinnen im Rahmen der geplanten Regelung für Selbstständige, zweitens verbindliche Mindeststandards in der Spitzensportförderung des Bundes, damit Schwangerschaft und Mutterschaft nicht zu Förderabbrüchen, Versorgungslücken oder strukturellen Nachteilen beim Wiedereinstieg führen. Damit Betroffene ihre Rechte tatsächlich nutzen können, braucht es außerdem eine verlässliche Orientierung im System. Diese soll nicht über neue Parallelstrukturen entstehen, sondern durch Bündelung und klare Beauftragung vorhandener Strukturen. Ein begleitendes Monitoring stellt sicher, dass die Wirksamkeit überprüfbar ist und nachgesteuert werden kann.